

Die palästinensische Zivilgesellschaft stand auch schon vor dem 7. Oktober massiv unter Druck. 2021 erklärte die israelische Regierung sechs prominente zivilgesellschaftliche Organisationen² anhand einer Anti-Terrorgesetzgebung von 2016 zu terroristischen Organisationen, stürmte deren Büros, konfiszierte ihre Ausstattung und verhaftete einige Angestellte. Überzeugend belegen konnte sie dieses Vorgehen nach übereinstimmenden Einschätzungen verschiedener EU-Staaten inklusive Deutschlands und den USA allerdings nicht. Dennoch werden Entwicklungsgelder auch aus Deutschland für die betroffenen Nichtregierungsorganisationen (NRO) mittlerweile verweigert. Die Debatte um die Finanzierung der palästinensischen Zivilgesellschaft und palästinensischer Institutionen hat sich seit dem 7. Oktober verschärft. Nach einer Überprüfung der gesamten Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina seitens der EU sowie Deutschlands wurden die Zahlungen wieder aufgenommen. Auch die Unterstützung des Palästina-Hilfswerk UNRWA wurde von zahlreichen Staaten ausgesetzt. Für die schwerwiegenden Vorwürfe gegen einzelne Mitarbeiter seitens der israelischen Regierung gibt es aber laut des unabhängigen Untersuchungsberichtes unter Leitung der ehemaligen französischen Außenministerin Catherine Colonna keine Belege. Die Bundesregierung kündigte daher die dringend benötigte Wiederaufnahme der Unterstützung für die Arbeit von UNRWA in Gaza an.

F.4 ✓ Regionale Dimension

DER ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHE KONFLIKT IN DER REGIONALEN ORDNUNG UND KONFLIKTLINIEN SEIT 2011

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist seit seinem Beginn in regionale Ordnungsprozesse und -kämpfe eingebunden und hat umgekehrt die Agenden regionaler Kräfte beeinflusst. Auch aus diesem Grund wird derzeit gefordert, dass arabische Staaten und andere Regionalmächte mehr Verantwortung übernehmen, um im Konflikt zu vermitteln, den Gazastreifen wieder aufzubauen und zu verwalten sowie Sicherheit zu gewährleisten. Derartige Forderungen stoßen aber an schwer überwindbare Grenzen.

Die Staaten der Region verfolgen widersprüchliche Interessen

Die Vorstellung eines kollektiven Handelns „der regionalen Mächte“ ist fehlgeleitet, weil es unter ihnen widersprüchliche Interessen gibt → 4 / 37. Nur wenige Staaten haben ein unmittelbares Interesse an einer politischen Konflikttransformation: Einige wie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain und Saudi-Arabien sind aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen regionaler Rivalitäten an einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel interessiert, in anderen Staaten wie dem Iran ist der Konflikt legitimitätsstiftend für das herrschende Regime. Zudem bestehen handfeste Konflikte zwischen regionalen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur:innen. Dazu gehören zum einen der Wettstreit zwischen Saudi-Arabien und Iran mit ihren jeweiligen staatlichen und nichtstaatlichen Verbündeten um regionale Hegemonie und zum anderen der Konflikt zwischen Kräften, die die islamistische Muslimbruderschaft unterstützen (Katar, Türkei, islamistische nichtstaatliche Akteur:innen), und denen, die sie aktiv bekämpfen (Saudi-Arabien,

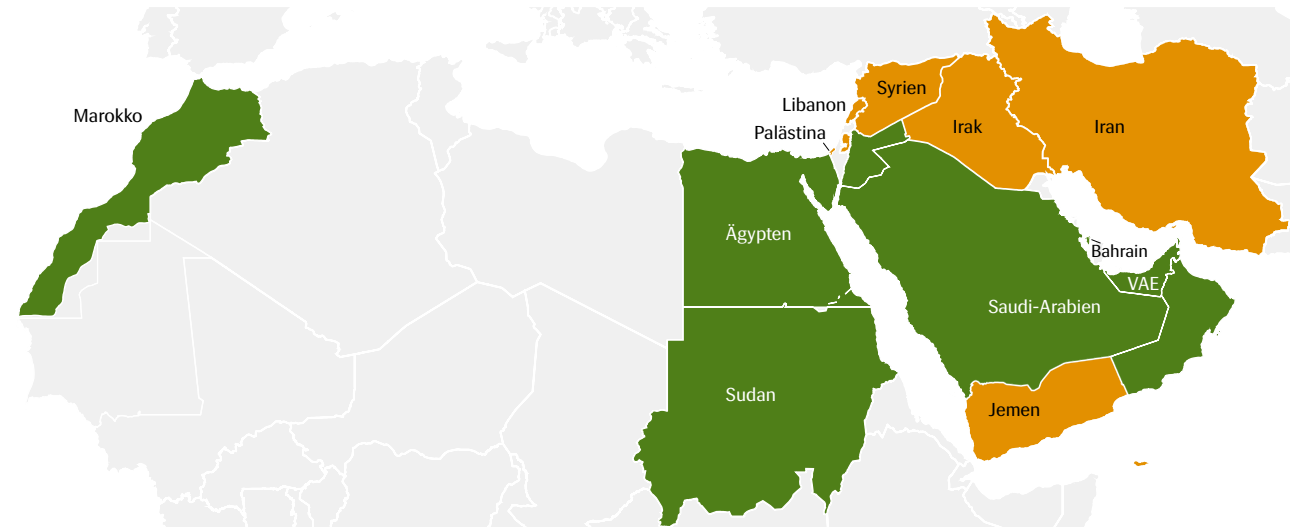
Vereinigte Arabische Emirate, Ägypten nach dem Sturz der Mursi-Regierung 2013) (→ Fawcett 2019). Es besteht sogar die Gefahr, dass der israelisch-palästinensische Konflikt diese regionalen Konflikte erneut befeuert, die die 2010er Jahre geprägt, zuletzt aber an Intensität abgenommen hatten.

Auch die Parteien des laufenden Gewaltkonflikts lassen sich in dieser Matrix regionaler Konfliktlinien verorten. Israel steht in Bezug auf beide Konfliktfelder auf der Seite Saudi-Arabiens. Es teilt mit dem Königreich und seinen Verbündeten die Feindschaft gegen den Iran und die kategorische Ablehnung des politischen Islams jenseits der saudisch-wahhabitischen Staatsideologie. Die Hamas positioniert sich jeweils auf der anderen Seite: Als Ableger der Muslimbruderschaft sieht sie einen engen Verbündeten in Katar; als Teil der selbsternannten „Achse des Widerstands“ steht sie auf der Seite des Irans. Die regionalen Konfliktlinien haben in den letzten Jahren etwas an Bedeutung verloren, es gab zudem zahlreiche bi- und multilaterale Verständigungsprozesse. Jegliche diplomatische Initiative, die regionale Akteur:innen einbezieht, muss sich der komplexen Dynamiken bewusst sein und versuchen, intra-regionale Rivalitäten nicht (erneut) zu schüren.

F
37

4 Der Nahe Osten vor dem 7. Oktober 2023

Quelle → F / 43



Friedensabkommen und Normalisierung			„Achse des Widerstands“	
Land	Stand der Beziehungen	Jahr	Land	Widerstandsakteure
Ägypten	Friedensvertrag	1979	Irak	Verschiedene Milizen wie Badr Organisation, Kataib Hizbullaha, Asaib Ahl al Haq
Jordanien	Friedensvertrag	1994	Iran	Iranisches Regime, Revolutionsgarden
Bahrain	Abraham-Abkommen	2020	Jemen	Houthis
Marokko	Abraham-Abkommen	2020	Libanon	Hisbollah
Sudan	Abraham-Abkommen	2020	Palästina	Hamas, Islamischer Dschihad
Vereinigte Arabische Emirate	Abraham-Abkommen	2020	Syrien	Assad-Regime, verschiedene Milizen
Oman	verbesserte Beziehungen, kein Abkommen			
Saudi-Arabien	verbesserte Beziehungen, kein Abkommen			

DIE GRUPPE DER NORMALISIERUNGSSTAATEN UND VERMITTLER

Bereits nach dem Arabischen Frühling hatte sich eine informelle Nähe zwischen Israel und Saudi-Arabien, den VAE und Bahrain in Sicherheitsfragen gezeigt. Formal schlug sie sich in den 2020 geschlossenen Abraham-Abkommen nieder, die eine Normalisierung der Beziehungen Israels mit Bahrain und den VAE anbahnten; Marokko und der Sudan folgten wenig später.

F

38

Kurz vor der Gewalteskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts hatten auch direkte Normalisierungsgespräche zwischen Saudi-Arabien und Israel begonnen. Eine Fortführung der Verhandlungen knüpft der saudische Kronprinz nun explizit an eine Perspektive für einen palästinensischen Staat und lässt damit die Idee der arabischen Friedensinitiative von 2002³ wieder aufleben. Jedoch bleibt bisher offen, wie weit der saudische Einsatz für die Palästinenser:innen wirklich gehen würde, denn Muhammad bin Salman nutzt den Konflikt auch, um Saudi-Arabien als regionalpolitisches Schwergewicht gegenüber dem Iran zu festigen und sich der EU und den USA gegenüber als Stabilitätsgarant der Region zu präsentieren.

Wie weit das Engagement Saudi-Arabiens für die Palästinenser:innen reicht, ist offen

Ägypten und Jordanien haben bereits vor Jahrzehnten Abkommen mit Israel abgeschlossen, die zu einem „kalten Frieden“ führten. Auch gegen die Präferenzen in ihren Bevölkerungen arrangierten sie sich mit ihrem Nachbarstaat und koordinieren gemeinsame Interessen etwa in den Bereichen Energie, Wirtschaft und Tourismus. Zudem besteht eine enge Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte. Allerdings stellt der Krieg Letztere vor komplexe Herausforderungen. Vor allem Ägypten ist durch den Grenzübergang Rafah direkt betroffen. Präsident Sisi gibt sich einerseits pro-palästinensisch, um innenpolitische Legitimitätsdefizite auszugleichen, andererseits fürchtet er negative sicherheitspolitische Konsequenzen und hält die Grenze trotz der humanitären Notlage geschlossen.

Im Gegensatz zu Ägypten positionierte sich Jordanien seit Beginn des Krieges mit harter Kritik an Israel und zog den Botschafter ab, will aber ebenso wenig wie Ägypten durch seine Politik die Unterstützung der USA verspielen. Insgesamt haben beide Länder ein genuines Interesse, sich als Unterhändler zu positionieren, um ihren regionalpolitischen Einfluss zu steigern. Ägypten ist seit Oktober neben Katar der wichtigste Vermittler zwischen der Hamas und Israel.

Neben den Staaten mit mehr oder weniger normalisierten Beziehungen zu Israel spielt Katar eine wichtige Rolle als Vermittler. Dazu gehören gute Beziehungen zu islamistischen Kräften und dem Iran, woran auch die Blockade Katars durch Saudi-Arabien und die VAE (2017–2021) nichts änderte (→ Stein 2021). Im israelisch-palästinensischen Konflikt war Katar bis zuletzt der wichtigste politische Unterstützer der Hamas, der zweitwichtigste Finanzier nach dem Iran und beherbergte Teile ihrer politischen Führung (→ Koss 2018). Zugleich unterhielt Katar gute Beziehungen zur PA und unterstützte Versuche einer

innerpalästinensischen Versöhnung. Katar war aber auch ein wichtiger Mittlerstaat für Israels Koordination mit der Hamas → F.3/31. In den aktuellen Gesprächen über eine Waffenruhe und die Befreiung der Geiseln bleibt das Land ein zentraler Akteur.

DIE „ACHSE DES WIDERSTANDES“

Die selbsterklärte „Achse des Widerstandes“ formierte sich in den 2000er Jahren zwischen dem iranischen und dem syrischen Regime sowie der libanesischen Hisbollah und der palästinensischen Hamas; später kamen weitere irakische Milizen und die jemenitische Huthi-Bewegung hinzu. Bei einigen der nicht-staatlichen Akteure handelt es sich um Stellvertreter („proxies“), während andere eher gleichberechtigte Partner sind, auf die der Iran nur begrenzten Einfluss ausübt. Der Iran verspricht sich von der Strategie der Stellvertreterpolitik, die eigene Sicherheit durch die Verlagerung von Konflikten nach außen zu erhöhen. Der Fokus auf regionale Interessen soll nicht zuletzt von innenpolitischen Problemen und der schlechten wirtschaftlichen Lage ablenken – gerade angesichts massiver Unzufriedenheit mit dem autoritären Regime, wie sie sich an landesweiten Protesten nach dem Mord an Jina Mahsa Amini im September 2022 zeigte.

Die Verbindung zur Hamas, dem einzigen sunnitischen Akteur innerhalb der Achse, ist als Signal gegenüber der sunnitisch-muslimischen Bevölkerung in der Region wichtig (→ Darwich 2021; Koss 2018). Obwohl es wahrscheinlich ist, dass der Iran eine wichtige Rolle bei vielen Angriffen der von ihm unterstützten Akteure spielt, lässt sich ein direkter Einfluss oft nicht nachweisen. Dies gilt auch für die Angriffe der Hamas im Oktober 2023.

Nicht erst mit dem massiven direkten Angriff des Iran mit Raketen und Drohnen auf Israel am 13. April 2024 in Reaktion auf die israelische Bombardierung des Konsulargebäudes der iranischen Botschaft in Damaskus haben sich mittlerweile zahlreiche Konflikte unter Beteiligung von Achsenmitgliedern intensiviert. An der libanesisch-israelischen Grenze kommt es fast täglich zu Schlagabtauschen mit militärischen und zivilen Todesopfern. Israel verfolgt eine Politik der gezielten Tötungen von Kommandeuren der südlich stationierten Einheiten der Hisbollah. Zudem gibt es regelmäßig Angriffe von schiitischen Milizen auf US-amerikanische Ziele im Irak und in Syrien.

Das Eskalationspotenzial
in der Region ist hoch

Hohes Eskalationspotenzial haben die Angriffe der Huthi-Rebellen, die vom Jemen aus Handelsschiffe beschießen, welche die Bab al-Mandab Straße auf dem Weg zum Suez-Kanal passieren – eine Route, die 30 % der Containerschiffe weltweit befahren. Die USA und ihre Verbündeten reagierten mit militärischen Aktionen gegen Stellungen der Huthis im Jemen sowie zur EU-Militärmission „Aspides“ zum Schutz von Handelsschiffen, an der auch die deutsche Marine mit der Fregatte Hessen beteiligt war. Zudem gab die Bundesregierung den Export von zusätzlichen Rüstungsgütern (Eurofighter, IRIS-T Lenkflugkörper) an Saudi-Arabien frei; noch im Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung Waffenlieferungen an Parteien, die am Jemen-Krieg beteiligt sind, ausgeschlossen. Die Genehmigungen waren seit 2018 zurückgefahren, aber nie eingestellt worden.

Das Eskalationspotenzial bleibt in der Region weiter hoch, zumal erst jüngst leidlich eingehegte Konflikte wieder an Intensität gewinnen könnten. Dazu zählt die iranisch-saudische Rivalität, die durch eine von China vermittelte Annäherung zwischen den beiden Regionalmächten im Frühjahr 2023 zumindest entschärft wurde. Eine einseitige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die etwa Saudi-Arabien als „Stabilitätsanker“ (Wirtschaftsminister Habeck) aufrüstet, ist daher (auch) aus regionalpolitischer Perspektive kritisch zu sehen, umso mehr, als Saudi-Arabien seinen eigenen Anteil an anti-demokratischen Entwicklungen und gewaltsamen Konflikten in der Region hat.

F

40

SZENARIEN FÜR DEN GAZASTREIFEN UND EIN INTERNATIONALES ENGAGEMENT

Angesichts der geschilderten Entwicklungen sind derzeit zwei grundlegende Szenarien für die kurz- und mittelfristige Gestaltung der Zukunft des Gazastreifens möglich. Im ersten Szenario, das Netanyahu als seinen „Friedensplan“ ausweist, behält Israel die Sicherheitsverantwortung für den Gazastreifen. Es wird das Gebiet weitgehend abriegeln und nur bedingt humanitäre Hilfe und Baustoffe in den Gazastreifen lassen. Wie in der Vergangenheit wird unter diesen Bedingungen ein Wiederaufbau des Gazastreifens nicht möglich sein. Es bleibt dann das Szenario einer verzweifelten und traumatisierten Bevölkerung ohne jegliche Perspektive, was hohen Druck erzeugen wird, den Gazastreifen zu verlassen. Dieses Szenario muss die internationale Gemeinschaft unbedingt verhindern und entsprechenden Druck auf die israelische Regierung ausüben.

Ein zweites Szenario bestünde in einer international gestalteten Übergangsphase für den Gazastreifen, die humanitäre Versorgung, wirtschaftliche Erholung und politische Perspektiven ermöglicht. Dabei sollten Israels enge Verbündete wie die USA und auch Deutschland gewährleisten, dass keine Waffen in den Gazastreifen gelangen und neue Bedrohungsszenarien entstehen können, aber zugleich ein Ende der israelischen Kontrolle und Blockade des Gazastreifens einfordern. Auch ein VN-Mandat mit Beiträgen der erwähnten regionalen und internationalen Vermittlungskräfte zur Gewährleistung der Sicherheit wäre denkbar, angesichts der Blockade des VN-Sicherheitsrates jedoch höchst unwahrscheinlich. Die israelische Regierung hat ihrerseits die Beteiligung freundlich gesinnter arabischer Staaten ins Spiel gebracht, während die Hamas erklärt hat, solche Truppen als feindselig zu betrachten. Auch mit Blick auf die Kritik in der eigenen Bevölkerung arabischer Länder ist eine Beteiligung ungewiss. Jede Übergangsverwaltung in Gaza muss über lokale Unterstützung verfügen und eine Perspektive bieten für eine einheitliche, legitime und inklusive Regierung für die gesamten palästinensischen Gebiete (→ Asseburg/Wildangel 2024).

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Krieg zwischen der Hamas und Israel hat die Frage nach einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts erneut auf die weltpolitische Tagesordnung gesetzt. Doch die oft vorgebrachte Zweistaatenlösung ist voraussetzungs- und davon abhängig, dass sich die beteiligten politischen Akteur:innen und Bevölkerungen zu ihr bekennen. Angesichts der Machtverhältnisse in Israel, der Spaltung der palästinensischen Politik und der jüngsten Todesopfer und Verwüstungen verbleibt sie in weiter Ferne. Regionale Akteur:innen, sowohl Staaten als auch nichtstaatliche Gruppen, haben widersprüchliche Interessen und Ambitionen; eine gemeinsame politische Linie ist von ihnen nicht zu erwarten.

Mögliche westliche Vermittler:innen – vor allem die USA, aber auch die EU – sollten jetzt auf konkrete politische Schritte setzen, ohne das Ziel der Zweistaatenlösung aus dem Blick zu verlieren, aber auch ohne sich hinter ihm zu verstecken. Kurzfristig müssen vor allem die Gewalt – zunächst durch eine Waffenruhe – beendet und Maßnahmen verhindert werden, die eine Zweistaatenlösung unmöglich machen. Dazu gehören die im Februar 2024 von Netanyahu enthüllten Pläne, den Gazastreifen dauerhaft unter israelische Militärkontrolle zu stellen ebenso wie die illegale Siedlungspolitik.

Gaza braucht akut humanitäre Hilfe, mittelfristig die Öffnung der Grenzen für den Güter- und Personenverkehr sowie Hilfe für den Wiederaufbau. Dabei kann die EU eine wichtige Rolle spielen. Auch die Palästinenser:innen im Westjordanland sind weiter auf internationale Unterstützung und Schutz vor eskalierender Siedlergewalt angewiesen. Die EU und Deutschland sollten die palästinensischen und israelischen Kräfte unterstützen, die gleiche Rechte fordern und auf die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere der Menschenrechte, drängen.

In diesem Bereich ist durch die bedingungslose Unterstützung Israels jedoch viel Vertrauen in deutsche Außenpolitik verloren gegangen. Dennoch: Gemeinsam mit der EU sollte die Bundesregierung zivilgesellschaftlichen Friedensinitiativen in beiden Gesellschaften den Rücken stärken und Unterstützung für Wahlen oder Referenden in den palästinensischen Gebieten anbieten. Diplomatische Initiativen sollten darauf zielen, das Momentum der Normalisierungsbestrebungen zwischen Israel und den arabischen Staaten – insbesondere Saudi-Arabien – mit einer klaren Perspektive für einen palästinensischen Staat zu verbinden.

1 Laut Berichten kam es am 7. Oktober auch zu israelischem Eigenbeschuss, so beispielsweise im Kibbuz Be’eri.

2 Zu diesen Organisationen zählen Addameer Prisoner Support and Human Rights Association, Al-Haq, Bisan Center for Research and Development, Defense for Children International – Palestine, the Union of Agricultural Work Committees and the Union of Palestinian Women Committees. Siehe: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/04/israel-palestine-un-experts-call-governments-resume-funding-six-palestinian>.

3 Die arabische Friedensinitiative von 2002, maßgeblich von Saudi-Arabien initiiert, bot die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten sowie die Anerkennung Israels an. Im Gegenzug sollte sich Israel aus allen besetzten Gebieten zurückziehen und den palästinensischen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennen. Die Initiative forderte zudem eine gerechte Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge.

Autor:innen

Dr. Claudia Baumgart-Ochse (Koordination)

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Damaris Braun

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Elisabeth Hoffberger-Pippan

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Hanna Pfeifer

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Regine Schwab

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Irene Weipert-Fenner

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. René Wildangel

Adjunct Fellow, International Hellenic University, Thessaloniki

Quellenverzeichnis

Agence France Press: Israel social security data reveals true picture of Oct 7 deaths, in: *France24*, <https://www.france24.com/en/live-news/20231215-israel-social-security-data-reveals-true-picture-of-oct-7-deaths>; 12.04.2024.

Ahituv, Netta 2024: A Jewish-Arab Partnership Is Building a Young New Peace Camp in Israel, in: *Haaretz*, 05.01.2024, <https://www.haaretz.com/israel-news/2024-01-05/ty-article-magazine/-highlight/a-jewish-arab-partnership-is-building-a-young-new-peace-camp-in-israel/0000018c-daa9-d751-ad8d-ffadd6e00000>; 12.04.2024.

Anabi, Or 2022: Jewish Israeli Voters Moving Right, in: *Israel Democracy Institute*, <https://en.idi.org.il/articles/45854>; 12.04.2024.

Asseburg, Muriel 2022: Amnesty International und der Apartheid-Vorwurf gegen Israel, in: *SWP-Aktuell*, Nr. 13, 2022, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A13_Amnesty_Israel.pdf; 25.04.2024.

Asseburg, Muriel 2024: Shaping the Future of Gaza: How Europe Could Contribute to Sustainable Stabilisation, *SWP Comment* 4/2024 (Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin.

Asseburg, Muriel/Wildangel, René 2024: Eine Zukunft für Gaza, in: *Internationale Politik* 1/2024, 56–61, <https://internationalepolitik.de/de/eine-zukunft-fuer-gaza/>; 08.04.2024.

Barnett, Michal/Brown, Nathan/Lynch, Marc/Telhami, Shibley (Hrsg.) 2023: *The One State Reality. What is Israel/Palestine?*, Ithaca, NY.

Berman, Lazar 2024: Netanyahu Vows No Palestinian State, in: *Times of Israel*, 18.1.2024, <https://www.timesofisrael.com/netanyahu-vows-no-palestinian-state-attacks-israeli-media-denies-blindsiding-gallant/>; 12.04.2024.

B'tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories 2024: Forcible Transfer of Isolated Palestinian Communities and Families in Area C under Cover of Gaza Fighting, in: https://www.btselem.org/settler_violence/20231019_forcible_transfer_of_isolated_communities_and_families_in_area_c_under_the_cover_of_gaza_fighting; 08.04.2024.

B'tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories 2024: Communities Facing Expulsion, in: https://www.btselem.org/topic/communities_facing_expulsion; 08.04.2024.

Cohen, Roger 2024: As the World Focuses on Gaza, Pressure is Mounting on the West Bank, in: *New York Times Magazine*, January 2024, <https://www.nytimes.com/2024/01/31/magazine/west-bank-palestinians-settlers.html>; 08.04.2024.

Coleman, Peter T. 2003: Characteristics of Protracted, Intractable Conflict. Toward the Development of a Metaframework, in: *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 9: 1, 1–37.

Cunningham, David E. 2010: Blocking Resolution. How External States Can Prolong Civil Wars, in: *Journal of Peace Research*, 47: 2, 115–27.

Darwich, May 2021: Alliance Politics in the Post-2011 Middle East. Advancing Theoretical and Empirical Perspectives, in: *Mediterranean Politics*, 26: 5, 635–656.

European Parliament 2023: Parliamentary Question E-001686/2023(ASW), 19.7.2023, in: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2023-001686-ASW_EN.html; 08.04.2024.

Fabian, Emanuel 2023: IDF Sends 2 More Battalions to West Bank After Series of Settler Attacks, in: *Times of Israel*, 25.06.2023, <https://www.timesofisrael.com/idf-to-send-2-more-battalions-to-west-bank-after-series-of-settler-attacks/>; 08.04.2024.

Fawcett, Louise (Hrsg.) 2019: *International Relations of the Middle East*. Fifth edition, Oxford.

Gisha – Legal Center for Freedom of Movement 2023: Secretly and Unlawfully, Israel Detained Thousands of Palestinians from Gaza, 14.12.2023, in: <https://gisha.org/en/secretly-and-unlawfully-israel-detained-thousands-of-palestinians-from-gaza/>; 20.03.2024.

Human Rights Watch/Oxfam 2024: Israeli Forces' Conduct in Gaza, in: <https://www.hrw.org/news/2024/03/19/israeli-forces-conduct-gaza>; 25.04.2024.

Human Rights Watch 2022: Palestine. Impunity for Arbitrary Arrests, Torture, 30.06.2022, in: <https://www.hrw.org/news/2022/06/30/palestine-impunity-arbitrary-arrests-torture>; 20.03.2024.

Kalyvas, Stathis N. 2007: Civil Wars, in: Boix, Charles and Stokes, Susan C. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Politics*, New York, NY, 416–434.

Koss, Maren 2018: Flexible Resistance. How Hisbollah and Hamas are Mending Ties. *Carnegie Middle East Center*, 11.07.2018, in: <https://carnegie-mec.org/2018/07/11/flexible-resistance-how-Hisbollah-and-hamas-are-mending-ties-pub-76782>; 12.04.2024.

Lehrner, Amy/Yehuda, Rachel 2018: Cultural Trauma and Epigenetic Inheritance, in: *Development and Psychopathology*, 30: 5, 1763–1777.

Mohatt, Nathaniel V./Thompson, Azure B./Thai, Nghi D./Tebe, Jacob K. 2014: Historical Trauma as Public Narrative. A Conceptual Review of How History Impacts Present-day Health, in: *Social Science & Medicine* 106, 128–136.

OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) 2023: West Bank Snapshot (as of 14 Dec 2023), in: <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/west-bank-snapshot-14-december-2023>; 20.03.2024.

OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) 2024: Hostilities in the Gaza Strip and Israel. Reported Impact. Day 124, 08.02.24, in: <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-124>; 12.04.2024.

Office of the Special Representative of the Secretary-General on Sexual Violence in Conflict 2024: Mission Report. Official Visit of the Office of the SRSG-SVC to Israel and the Occupied West Bank, 29 January – 14 February 2024, in: <https://www.un.org/sexualviolenceinconflict/wp-content/uploads/2024/03/report/mission-report-official-visit-of-the-office-of-the-srsg-svc-to-israel-and-the-occupied-west-bank-29-january-14-february-2024/20240304-Israel-oWB-CRSV-report.pdf>; 20.03.2024.

Palestinian Center for Policy and Survey Research 2023: Public Opinion Poll No (90), 22.11.–02.12.2023, <https://pcpsr.org/sites/default/files/Poll%2090%20English%20Full%20text%20Dec%202023.pdf>; 20.03.2024.

Peretz, Sami 2023: How Netanyahu Enabled October 7 With Suitcases of Cash, in: Haaretz, 20.12.2023, <https://www.haaretz.com/opinion/2023-12-20/ty-article-opinion/.premium/how-netanyahu-enabled-october-7-with-suitcases-of-cash/0000018c-8397-d219-a5bf-b7ff40660000>; 20.03.2024.

Pfeifer, Hanna/Geis, Anna/Clément, Maéva 2022: The Politics of Recognition, Armed Non-State Actors, and Conflict Transformation. PRIF Report (4), Frankfurt.

Reliefweb 2024: Lebanon: Flash Update. Escalation of Hostilities in South Lebanon, 2.2.2024, in: <https://reliefweb.int/report/lebanon/lebanon-flash-update-9-escalation-hostilities-south-lebanon-11-january-2024>; 12.04.2024.

Reuters 2022: Nine EU States Reject Israeli 'Terrorist' Designation for Palestinian NGOs, 12.7.2022, in: <https://www.reuters.com/world/europe/nine-eu-states-keep-backing-terrorist-palestinian-civil-society-groups-2022-07-12/>; 12.04.2024.

Segalov, Michael 2024: 'More Killing Won't Bring Back Lost Lives'. Tal Mitnick, 18, on Going to Prison Instead of Joining IDF, in: The Guardian, 23.01.2024, <https://www.theguardian.com/world/2024/jan/23/israel-man-jailed-refuse-serve-idf-military-tal-mitnick-interview>; 12.03.2024.

Shikaki, Khalil 2024: Palestine Report. Domestic Balance of Power and Palestinian-Israeli Relations Before and After October 7th, in: Arab Barometer, 21.02.2024, <https://www.arabbarometer.org/wp-content/uploads/Arab-Barometer-PSR-Palestine-Report-Part-I-EN-.pdf>; 12.4.2024.

Smotrich, Bezalel 2017: Israel's Decisive Plan, in: HaShiloach, <https://hashiloach.org.il/israels-decisive-plan/>; 20.03.2024.

Stein, Ewan 2021: International Relations in the Middle East. Hegemonic Strategies and Regional Order, Cambridge, UK.

Times of Israel 2023: Pointing to Hamas's "Little State", Netanyahu Touts His Role Blocking 2-State Solution, 17.12.2023, in: <https://www.timesofisrael.com/pointing-to-hamass-little-state-netanyahu-touts-role-blocking-2-state-solution/>; 20.03.2024.

Times of Israel 2024a: Surveys Show Gantz Holds Commanding Lead over Netanyahu, as War Approaches 100th Day, 12.1.2024, in: <https://www.timesofisrael.com/surveys-show-gantz-holds-commanding-lead-over-netanyahu-as-war-approaches-100th-day/>; 20.03.2024.

Times of Israel 2024b: Government to Mull Plan to Replace Palestinian Laborers with 80,000 Foreign Workers, 01.01.2024, in: <https://www.timesofisrael.com/government-to-mull-plan-to-replace-palestinian-laborers-with-80000-foreign-workers/>; 20.03.2024.

United Nations Country Team in the Occupied Territories 2012: Gaza in 2020. A Liveable Place? August 2012, <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-195081/>; 12.04.2024.

Walter, Barbara 2002: Committing to Peace. The Successful Settlement of Civil Wars. Princeton, NJ.

Wildangel, René 2023: Zwischen Elend und Explosion. Die schwelende Krise im Gazastreifen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10: 23, 111–116.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

1 / 28

Jüdische Siedlungen im Westjordanland

United Nations OCHA oPt 2023

Layout: Nele Kerndt, Lars Wirkus. BICC, April 2024.

4 / 37

Der Nahe Osten vor dem 7. Oktober 2023

Natural Earth 2019

Layout: Nele Kerndt, Lars Wirkus. BICC, April 2024.